

WIRTSCHAFTS-POLITISCHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN RUSSLAND UND DEUTCHLAND

A. Iljina, L. Tarassova*

Nationale Polytechnische Forschungsuniversität Tomsk

E-Mail: nytailina@mail.ru , *ilijat@tpu.ru

Die wissenschaftliche Betreuerin: Fr. Dr. M. Stanko

Die moderne Etappe der Entwicklung der russisch-deutschen Beziehungen wird mit dem hohen Streben zur beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Fortschritt charakterisiert. Jedoch hat tragisch die vorhandene Lage in der Ukraine den negativen Einfluss auf die zweiseitigen Beziehungen in verschiedenen wirtschaftlichen Sphären geleistet. Am meisten merklich hat sich die Außenhandels- und Anlageaktivität Deutschlands auf dem Territorium der Russischen Föderation verringert.

Deutschland und Russland verbinden langjährige und enge wirtschaftliche Beziehungen. So ist Russland größter Energielieferant Deutschlands - ca. ein Drittel des deutschen Gas- und Ölbedarfs werden aus russischen Lieferungen gedeckt. Daneben bezieht die deutsche Wirtschaft in erheblichem Umfang Nichteisen-Metalle sowie Eisen und Stahl aus Russland.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind jedoch schon seit einiger Zeit Belastungen unterworfen. So ging das bilaterale Handelsvolumen 2013 um etwa fünf Prozent zurück. Im ersten Halbjahr 2014 ergab sich auch unter dem Eindruck der Ukraine-Krise ein Rückgang von 6,3 Prozent, wobei die deutschen Exporte nach Russland um 15,5 Prozent zurückgingen. Weitere Belastungen dürften sich aus den danach erlassenen Wirtschafts-sanktionen der EU gegen Russland und russischen Gegenmaßnahmen ergeben.

Russland besitzt grundsätzlich ein großes wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Sein Rohstoffreichtum sichert weiterhin umfangreiche Einnahmen, die zur Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren genutzt werden können. Das Land ist einer der größten Energieproduzenten der Welt und die russische Konjunktur hängt unverändert in hohem Maße von den internationalen Rohstoffpreisen ab.

Seit 2010 hatte die russische Wirtschaft nach einer Krise zunächst zu einem moderaten Wachstum mit jährlichen Steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von ca. 4 Prozent zurückgefunden. Im Jahr 2012 ging die Steigerung des BIP allerdings wieder zurück (3,4 Prozent) und erreichte 2013 nur 1,3 Prozent. Die Industrieproduktion blieb 2013 im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert, die investiven Ausgaben in der gesamten Wirtschaft gingen in den ersten sechs Monaten im Vorjahresvergleich um 1,4 Prozent zurück. 2013 lag die Inflationsrate bei 6,8 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei 5,5 Prozent [1].

Für 2014 ist von einer schwachen Wirtschaftsentwicklung auszugehen. Der Vertrauensverlust, den die russische Wirtschaft aufgrund der Ukraine-Krise erlitten hat, und die von der EU, den USA und weiteren Wirtschaftspartnern seit Juli 2014 erlassenen Wirtschaftssanktionen sowie die russischen Gegenmaßnahmen dürften sich zusätzlich dämpfend auf das Wachstum auswirken.

Russland ist aufgrund des anhaltend hohen Modernisierungsbedarfs seiner Wirtschaft ein wichtiger Absatzmarkt für deutsche Investitionsgüter. In der Struktur des deutschen Exports nach Russland nahmen im Jahr 2013 Maschinen und Anlagen (23,7 Prozent), Fahrzeuge/-teile (19,8 Prozent), Chemierzeugnisse (15,8 Prozent) und Elektrotechnik (7,0 Prozent) die ersten Plätze ein. Damit war Deutschland mit 11,9 Prozent des russischen Imports nach China (16,7 Prozent) das zweitwichtigste Lieferland für Russland.

Wichtigste Exportgüter Russlands sind Rohstoffe, insbesondere Erdöl und Erdgas, außerdem metallurgische und petrochemische Erzeugnisse. Dies illustriert die komplementäre Wirtschaftsstruktur beider Länder, aus der sich grundsätzlich auch für die Zukunft ein großes Kooperationspotential eröffnet [2].

Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen verlief lange Zeit positiv. Nach der krisenbedingten Schwächephase 2009 knüpfte der deutsch-russische Handel wieder an die Boomjahre zwischen 2000 und 2008 an. 2012 wurde beim Handelsvolumen der Rekordwert von 80,5 Mrd. Euro erreicht. Seit dem 22. August 2012 ist Russland offizielles Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Damit verbunden waren auch Erwartungen auf eine weitere Intensivierung des Handels. 2013 ging das bilaterale Handelsvolumen dann allerdings um ca. fünf Prozent auf 76,5 Mrd. Euro zurück: Dabei betragen die Exporte aus Russland nach Deutschland 40,14 Mrd. Euro - die deutschen Exporte nach Russland beliefen sich auf 36,1 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr 2014 gingen die deutschen Exporte nach Russland um 15,5 Prozent auf 15,3 Mrd. EUR zurück, während die Importe aus Russland um 2,2 Prozent auf 20,3 Mrd. EUR anstiegen [3].

Für die Abschwächung der deutschen Exporte nach Russland seit 2013 dürften neben dem zurückgegangenen Wachstum und der Investitionszurückhaltung in Russland auch die auf Importsubstitution gerichteten Politikansätze und handelsbeschränkenden Maßnahmen Russlands ursächlich sein. Seit Anfang 2014 kamen noch die Auswirkungen der Ukraine-Krise hinzu.

Für die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wird es neben einer Lösung des Ukraine-Konfliktes auch darauf ankommen, ob es Russland gelingt, vom derzeit moderaten wieder zu einem starken Wirtschaftswachstum zu gelangen.

Die deutsche Wirtschaft ist auf dem russischen Markt sehr präsent. Über 6.200 deutsche Unternehmen sind in Russland aktiv. Auch in der Fläche Russlands sind deutsche Unternehmen vertreten - in beinahe allen 83 Föderationssubjekten sind Unternehmen mit deutscher Beteiligung anzutreffen. Eine steigende Zahl deutscher Unternehmen hat dabei in den letzten Jahren auch russische Produktionsstandorte aufgebaut oder anderweitig erhebliche Investitionen getätigt.

Die kumulierten deutschen Direktinvestitionen in Russland erreichten Ende 2012 ein Volumen von rund 23 Mrd. Euro. Deutschland ist damit unter den größten ausländischen Investoren in Russland. Zudem zeichnen sich die deutschen Investitionen durch eine besonders starke Präsenz mittelständischer Unternehmen aus.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland werden durch regelmäßige Kontakte auf politischer Ebene flankiert. Regelmäßige bilaterale Regierungskonsultationen bilden eine Plattform für den Meinungsaustausch auf höchster Ebene. In diesem Rahmen finden auch Treffen auf Ministerebene sowie mit Wirtschaftsvertretern statt. Zuletzt fanden die 14. Regierungskonsultationen am 16. November 2012 in Moskau statt [4].

Nach Unterzeichnung des Anschlussvertrages der Krim an die Russische Föderation haben die Bundesregierung und die EU diesen Schritt scharf kritisiert. Das Vorgehen verletzt internationales Recht. Deutschland und die EU erkennen die Angliederung der Krim an Russland nicht an. Gegen Verantwortliche wurden Sanktionen verhängt, der für Juni geplante EU-Russland-Gipfel wurde abgesagt. Mögliche weitere EU-Sanktionen werden mit den europäischen Partnern unter Abwägung der politischen und wirtschaftlichen Folgen abgestimmt werden.

Die EU hat die Verhandlungen mit Russland über Visaerleichterungen und ein Partnerschaftsabkommen ausgesetzt. Darüber hinaus wurden die Gespräche zu einem Beitritt

Russlands zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Hinblick auf die russische Politik gegenüber der Ukraine vorerst verschoben.

Als Reaktion auf die Ukraine-Krise hat die EU seit Mitte März 2014 in mehreren Sanktionsrunden Finanzsanktionen und Einreiseverbote gegen russische und ukrainische Staatsangehörige verhängt, die Verantwortung für die Entwicklung auf der Krim und in der Ost-Ukraine tragen. Unter den Gelisteten befinden sich auch Unternehmen, die materiell oder finanziell zur Destabilisierung der Ukraine beitragen.

Nachdem die am 27. Juni aufgestellten Bedingungen nicht ausreichend erfüllt wurden, hat die EU am 1. August sektorale Wirtschaftssanktionen gegen Russland in Kraft gesetzt. Die Sanktionen beinhalten ein Waffenembargo, Verbote für die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern für militärische Verwender/Verwendungen und von Ausrüstung für bestimmte Projekte im Energiebereich, außerdem Beschränkungen des Zugangs zum EU-Kapitalmarkt für bestimmte russische Staatsbanken.

Daneben umfassen die jüngst beschlossenen Maßnahmen die Ausweitung der Finanzsanktionen und Einreiseverbote, u. a. auf Personen aus dem engeren Umfeld von Präsident Putin, sowie ein Investitions- und Lieferverbot für bestimmte Infrastrukturprojekte auf der Krim. Die Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen der gelisteten Personen sind mit Inkrafttreten der Verordnung qua Unionsrecht eingefroren. Rechtsfolge des Einfrierens ist, dass Vermögenswerte der gelisteten Personen in der EU wie zum Beispiel Kontoguthaben nur unter bestimmten Voraussetzungen und nach Genehmigung durch die zuständige nationale Behörde genutzt werden dürfen; zuständige Behörde für die Freigabe von Geldern in Deutschland ist die Deutsche Bundesbank. Zugleich dürfen den Personen keine Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen unmittelbar oder mittelbar mehr zur Verfügung gestellt werden. Wesentliche Verstöße gegen EU-Sanktionen sind in Deutschland strafbewehrt.

Das Bundeswirtschaftsministerium ist für die Umsetzung von EU-Sanktionen in Deutschland zuständig. Hier sind die Konkrete Bereiche der Sanktionen:

1. Die Ausgabe neuer Anleihen und Aktien großer russischer Staatsbanken in der EU wurde verboten. Verboten wurden auch der Kauf und Verkauf solcher Papiere durch EU-Angehörige sowie die Unterstützung bei der Ausgabe. Das Verbot bezieht sich auf die explizit in den Rechtsakten aufgeführten russischen Staatsbanken. Andere Arten der Finanzierung wie beispielsweise normale Kredite sowie der Zahlungsverkehr sind nicht von den Verboten betroffen.

2. Rüstungsexporte. Die EU hat gegen Russland ein Waffenembargo (Export- und Importverbot) verhängt. Für den Export von Rüstungsgütern ist ohnehin stets eine Genehmigung des BAFA bzw. der Bundesregierung erforderlich. Das EU-Waffenembargo muss von den EU-Mitgliedstaaten national umgesetzt werden - in Deutschland geschieht dies durch eine Änderung der Außenwirtschaftsverordnung.

3. Dual-Use-Güter. Die Lieferung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck an Rüstungsunternehmen und für militärische Zwecke wird verboten. Lieferungen mit klar zivilem Verwendungszweck, insbesondere in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, bleiben davon ausgeklammert. Die Abwicklung von Altverträgen wird nicht von dem Verbot erfasst.

4) Ausrüstung im Energiebereich. Verboten wird die Lieferung von Ausrüstung für bestimmte Projekte aus den Bereichen Tiefseebohrungen, Erkundung und Produktion in der Arktis und Schieferöl. Altverträge dürfen auch hier weiterhin abgewickelt werden.

Die Menschen meinen, dass Sanktionen sind schlecht fürs Geschäftsklima. Grundsätzlich habe die Wirtschaft sogar Verständnis für die politischen Strafmaßnahmen, wenn auch eine große Mehrheit sie nicht nur für geschäftsschädigend, sondern auch für

ungeeignet hält. Lediglich ein Fünftel der von der deutsch-russischen Auslandshandelskammer Befragten geht davon aus, dass Russland aufgrund der Sanktionen politisch einlenken wird. 78 Prozent gehen nicht davon aus und erwarten stattdessen, dass sich das Land von Europa abwenden und auch wirtschaftlich stärker auf China, Korea und Japan konzentrieren wird. Anzeichen dafür gebe es bereits, stellt der Präsident der deutsch-russischen Auslandshandelskammer, Rainer Seele, fest. "Wir erleben sehr deutlich in Russland, dass Aufträge an unsere Firmen entweder nur verzögert erteilt werden, oder mit einem höheren bürokratischen Aufwand. Teilweise werden sie auch auf Eis gelegt und wir beobachten, dass ein hohes Auftragsvolumen nicht mehr nach Deutschland, sondern an unsere Wettbewerber insbesondere aus Asien geht."

Das ist bitter für die deutschen Unternehmen, denn bislang war Deutschland im industriellen Bereich der wichtigste russische Handelspartner in Europa. Der DIHK rechnet damit, dass die Exporte nach Russland in diesem Jahr um 20 Prozent einbrechen werden. Den sich daraus ergebenden Verlust beziffert DIHK-Geschäftsführer Volker Treier auf sieben Milliarden Euro. Wenn man den Ukraine-Handel dazu nehme, werde der Rückgang Ende des Jahres sogar bei rund zehn Milliarden Euro liegen und die Exportwirtschaft rund ein Prozent Wachstum kosten [5].

Hoffnungen setzt die Wirtschaft in die politische Zusage, die Sanktionen seien befristet und man wolle die Tür offen halten, um zu einer gemeinsamen Lösung zu finden. "Eine Zukunft ohne deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen ist aus unserer Sicht kaum vorstellbar und das ist im Übrigen auch ein Ergebnis der Befragung", betont Treier. So sind drei Viertel der Unternehmen trotz aller Probleme nach wie vor überzeugt, dass der russische Markt perspektivisch sehr attraktiv ist. Wer nicht von den Sanktionen betroffen ist, erwartet in diesem Jahr sogar ein gleichbleibend gutes oder besseres Russland-Geschäft.

Wie sich das tatsächlich entwickeln wird, bleibt aber abzuwarten. Beim DIHK ist man sich sicher, dass die Sanktionen zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin durch die Rubel-Abwertung und die konjunkturelle Schwäche angespannten wirtschaftlichen Situation führen werden. Sollte Russland in eine Rezession rutschen, dann sähen sich auch viele deutsche Unternehmen gezwungen, Projekte zu stornieren, Kurzarbeit einzuführen und Mitarbeiter zu entlassen. Russland den Rücken kehren, das könnten sich allerdings gerade einmal acht Prozent der befragten Unternehmen vorstellen.

Am 7. August hat Russland als Reaktion auf die EU-Maßnahmen ein Importverbot für Agrarprodukte und Lebensmitteln aus den Ländern der EU und weiteren Staaten verhängt. Dies betrifft unter anderem Fleisch, Fisch, Milch- und Milchprodukte, Gemüse und Früchte.

Russland hat einen Anteil von ca. 3,3 Prozent an den deutschen Exporten (2013). Der Wert der deutschen Ausfuhr von Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft nach Russland betrug 2013 rund 1,60 Milliarden Euro. Damit war Russland nach der Schweiz (1,8 Mrd. Euro) und nahezu gleichauf mit den USA zweitwichtigste Drittland-Destination (jenseits der EU) für deutsche Agrarexporteure. Bereits im vergangenen Jahr war der deutsche Agrarexport nach Russland durch Importsperrungen für bestimmte Milch- und Fleischerzeugnisse beeinträchtigt. So sank in der Produktgruppe "Fleisch und -erzeugnisse" der Exportwert von 493 Mio. Euro im Jahr 2012 auf 346 Mio. Euro.

Quellenverzeichnis.

1. Meister, Stefan. Deutsche Russland-Politik [Электронный ресурс] / St. Meister. Электрон. текстовые дан. URL: <https://zeitschrift-ip.dgap.org> (дата обращения: 16.10.2014 г.).

2. Meister, Stefan. Neue deutsche Russland-Politik – Eine Chance für die EU [Электронный ресурс] / St. Meister. Электрон. текстовые дан. URL: <http://www.ecfr.eu> (дата обращения: 16.10.2014 г.).

3. Severin, Weiland. Deutsche Russland-Politik: Unions-Abgeordnete für härteren Kurs gegen Putin [Электронный ресурс] / S. Weiland. Электрон. текстовые дан. URL: <http://www.spiegel.de> (дата обращения: 16.10.2014 г.).

4. Darja, Ljubinskaja. Russen halten Putin für demokratischsten Politiker [Электронный ресурс] / D. Ljubinskaja. – электрон. текстовые дан. – URL: <http://de.rbth.com>, свободный.

5. Sabine, Fischer. Neue Impulse für die deutsche Russlandpolitik [Электронный ресурс] / S. Fischer. Электрон. текстовые дан. URL: <http://www.swp-berlin.org> (дата обращения: 16.10.2014 г.).

SOCIAL NETWORKS, LABOUR ACTIVITY AND THE PHENOMEN OF CONTINUOUS PROSPERITY

E.M. Kaz

Tomsk State University, Tomsk
E-mail: GenyaK92@sibmail.com

Social Networking is a new and insufficiently valued resource for socio-economic research. The paper presents the possibility of using content analysis to study the phenomenon of continuous well-being in the work-place.

Research are studying the ways and the means to help people in their quest to experience more positive emotions and happiness, more merge with the position of the Greek philosophers [1]. They argued that happiness depends not only on personal characteristics of man, but of the surrounding environment [2]. Modern man spend most of his life at work, his prosperity depends critically on what factors have a dominant influence on the working life [3, 4].

Computer information technologies provide new opportunities for the study of this phenomenon.

In the research had been conducted Blekben R. and R. Mann of UK workers were identified priorities in assessing workers labor sphere. This list has included such factors as:

- Wages;
- Reliability;
- Сamaraderie;
- Job satisfaction;
- Independence of work.

Our research has been conducted on the information contained on the Internet forums, where participants are interested in the discussion of labor relations: